

# IPPNW fordert Verhandlungen statt Krieg

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert Bundesaußenminister Guido Westerwelle auf, sich trotz der militärischen Eskalation in Mali für politische Verhandlungen einzusetzen. Frankreich im Krieg gegen islamistische Rebellen zu unterstützen sei dagegen der falsche Weg. »Internationale Militäreinsätze können die tiefgreifende politische und ökonomische Krise in Mali nicht lösen, sondern werden weitere Kämpfer gegen den Westen mobilisieren«, erklärte am Dienstag Matthias Jochheim, IPPNW-Vorsitzender.

Die bereits seit langem schwelenden Verteilungskonflikte mit den Bevölkerungsgruppen im strukturschwachen Norden, zu denen die Tuareg gehören, hat die Bundesregierung bisher ignoriert. Auch die Tatsache, daß der Ausverkauf fruchtbarer Ackerböden an Banken, Investmentfonds und Konzerne zu massiven Landvertreibungen von Kleinbauern und Viehhirten führt. Derzeit sind zirka 4,6 Millionen Menschen in Mali von Lebensmittelunsicherheit bedroht. Das Welternährungsprogramm erreicht gerade einmal 360000 Menschen im Süden und 148000 im Norden.

Im Mali geht es den Industrieländern zudem um die Sicherung von Rohstoffen. Das Land im Westen Afrikas, das zu den ärmsten Staaten weltweit zählt, verfügt über große Rohstoffvorkommen: Mali ist beispielsweise der drittgrößte Goldproduzent Afrikas. Außerdem verfügt das Land über Phosphatvorkommen, Öl- und Gaslagerstätten und Uranvorkommen.

Vom 16. bis 18. März 2012 organisierte die Association des Ressortissants et des Amis de la Commune de Falea in Kooperation mit der IPPNW und dem uranium-network.org in Bamako eine internationale Konferenz zum Thema »Uran, Gesundheit und Umwelt«. Der französische Atomkonzern Cogema (heute AREVA) hatte in Falea, im äußersten Westen des Landes, Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen entdeckt und das Vorkommen an die kanadische Firma Rockgate Capital Corporation verkauft. Sie schloß mit der Regierung Malis einen Vertrag über den Abbau dieser Rohstoffe. Weder Ältestenrat oder Gemeinderat noch die Bevölkerung wurden offiziell informiert oder gefragt.

Ende Januar oder Anfang Februar wollen Aktivisten der malischen Sektion von Afrique-Europe-Interact zu einem viertägigen Friedensmarsch von Mopti nach Douentza aufbrechen. Mit dem »Weißen Marsch« (marche blanche) soll der militärischen Intervention gegen die Rebellen eine klare Absage erteilt werden. Die Initiatoren setzen weiterhin auf eine dialogorientierte Lösung des Konflikts.

Weitere Informationen zum »Weißen Marsch« im Internet: [afrique-europe-interact.net](http://afrique-europe-interact.net)

<https://www.jungewelt.de/artikel/195088.ippnw-fordert-verhandlungen-statt-krieg.html>